Frau Adolfs erläutert die Beratungsvorlage. Sie nimmt Stellung zu dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 16.02.2018 und erklärt, dass es sich hierbei lediglich um eine Ergänzung zu dem Erlass zu gebundenen und offenen Ganztagsschulen vom 23.12.2010 handele. Es sei die Ziffer 5.6. angefügt worden, die sich mit Regelungen zur Flexibilität innerhalb des offenen Ganztages beschäftige, eine gänzlich neue Erlasslage ergebe sich nicht. Ferner erklärt Frau Adolfs, dass die Stadtverwaltung sich bei der Bezirksregierung über die mögliche Einführung eines gebundenen Ganztages erkundigt habe. Derzeit stünden laut Aussage der Bezirksregierung keine Lehrerstellen für die Einführung eines gebundenen Ganztages zur Verfügung. Diese Lehrerstellen würden derzeit für den Ausbau von Betreuungsangeboten innerhalb der offenen Ganztagsangebote verwendet.
Es folgt eine Diskussion, ob der Schulträger den gebundenen Ganztag alleinig einführen könne. Im Gesetz ist hierzu geregelt, dass der Schulträger für die Einführung des gebundenen Ganztages die Zustimmung der Bezirksregierung benötigt. Die Zustimmung der Schulkonferenz ist hierbei, im Gegensatz zu der damaligen Einführung der offenen Ganztagsangebote, nicht zwingend notwendig.
Frau Bonrath möchte zu der Thematik eine Stellungnahme der Grundschulleitungen einholen.
Frau von Blücher erklärt, dass sich die Elternschaft der Sonnenschule Auf dem Bursten gegen die Einführung des gebundenen Ganztages ausgesprochen habe. Mithin decke die offene Ganztagsbetreuung in Verbindung mit der 8:00 Uhr bis 13:00 Uhr Betreuung den Bedarf der Eltern ausreichend ab.
Frau Stahl-Hochhard verweist darauf, dass die Stellensituation an den Grundschulen kritisch sei. Es werde dringend nach Personal gesucht und selbst Vertretungslehrer seien schwierig anzuwerben. Innerhalb der Schulkonferenz sei sie bei den Eltern auf Unverständnis gestoßen, sich überhaupt Gedanken über die Einführung eines gebundenen Ganztages zu machen. Ferner gebe es derzeit keinen weiteren Bedarf an Betreuungsangeboten für die Kinder. Auch hier seien die vorhandenen Angebote völlig ausreichend. Es gebe derzeit keine Eltern, die keinen OGS Platz erlangt haben.
Herr Dr. Grütz betont, dass die Einführung eines gebundenen Ganztages sinnlos sei, da die Schulen hieran nicht interessiert wären. Frau Bonrath erinnert daran, dass das Betreuungsangebot durch den gebundenen Ganztag kostenfrei sei. Die Eltern, die ihre Kinder derzeit in der offenen Ganztagsbetreuung hätten, müssten folglich bei einem Wechsel nichts mehr zahlen.
Herr Rothausen erinnert daran, dass die Bezirksregierung einen gebundenen Ganztag derzeit dennoch nicht genehmigen würde. Demnach müsse man eine andere Richtung einschlagen. Er schlägt vor, eine Einladung auf Ministerebene auszusprechen, um gemeinsam bessere Bedingungen für die Sonnenschule Auf dem Bursten zu erörtern.
Herr Hoene verweist in diesem Zuge darauf, dass er bereits in der letzten Schulausschusssitzung seine Antwort von der Schulministerin Frau Gebauer zu dieser Thematik vorgelesen habe.
Er erkundigt sich im Zusammenhang mit den z.B. angeklungenen Sprachdefiziten von Kindern bei der Einschulung, wie viele Kinder im Alter über drei Jahren derzeit einen Kindergartenplatz in Anspruch nehmen. *Zum Stichtag des 01.06.2018 besuchen 629 Kinder über 3 Jahren die Kindergärten innerhalb der Stadt Bergneustadt. Diese Antwort wurde durch die Verwaltung nachträglich recherchiert.*
Die Frage geht mit der Überlegung einher, ob es möglich wäre, ein verbindliches letztes Kindergartenjahr vor der Einschulung einzuführen.
Frau Bonrath erklärt an dieser Stelle, dass innerhalb des Sozialausschusses darüber diskutiert worden sei, welche Möglichkeit es gebe innerhalb des Kindergartens den Sprachstand der Kinder im Hinblick auf die bevorstehende Einschulung zu verbessern. Hier habe es zwar viele Ideen gegeben, allerdings sei der Besuch eines Kindergartens nicht verpflichtend.

Frau Stahl-Hochhard unterstreicht diese Problematik und erklärt, dass viele Kinder zum Zeitpunkt der Einschulung der deutschen Sprache nicht mächtig seien. Zum einen müsse hier die jeweilige Kindertageseinrichtung wichtige Grundlagen legen, zum anderen seien in erster Linie hierfür allerdings die Eltern verantwortlich.
Frau Schmid erklärt, dass diese Problematik bereits aus der Vergangenheit bekannt sei.
Nach erneuter Diskussion und Erläuterung zu der Problematik an der Sonnenschule Auf dem Bursten, verweist Frau Bonrath auf den Artikel der OVZ vom 09.05.2018 worin die Software „Sag es auf Deutsch" vorgestellt wurde. Hierbei handele es sich um ein Lernprogramm für Computer, mit dem das Kind die Möglichkeit erhält, selbstständig ohne Lehrpersonal, die deutsche Sprache zu erlernen. Frau Stahl-Hochhard erklärt hierzu, dass es notwendig sei, mit dem Kind auch in der außerschulischen Zeit auf Deutsch zu kommunizieren. Nur so könne sich das Kind den korrekten Satzbau aneignen. An der GGS Hackenberg gebe es Freiwillige, die sich in der Schule, mit den Kindern beschäftigen und dementsprechend ebenfalls mit den Kindern auf Deutsch kommunizieren würden. Wenn sich an ihrer Schule Kinder in ihrer Muttersprache miteinander unterhalten, würden sie nett darauf hingewiesen, sich auf Deutsch zu verständigen.
Herr Zimmermann regt an, dass es sinnvoll sein könne, aktive Werbung für die Kindergärten zu machen. Im Gesangsverein werde beispielsweise auch an den Haustüren geklingelt um hierfür zu werben. Diese Vorgehensweise funktioniere in vielen Vereinen auch ganz gut.
Herr Rothausen schlägt vor, sich beim Oberbergischen Kreis über Statistiken zu den Schuleingangsuntersuchungen zu erkundigen und eine Arbeitsgruppe zu gründen, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzt. Frau Adolfs verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass verschiedene Daten ebenfalls im Sozialatlas aufgeführt wären. Herr Rothausen betont, es könne nicht sein, dass die Grundschule Wiedenest und die Sonnenschule Auf dem Bursten personell gleich ausgestattet wären, obwohl die Zusammensetzung der Schülerschaft unterschiedlich sei.
Frau Schmid erklärt, dass die Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften in den Händen der Landespolitik läge und demnach nicht durch den Schulträger beeinflusst werden könne.
Frau Bonrath unterstreicht die Idee von Herrn Rothausen, eine Arbeitsgruppe zu gründen. Herr D. Grütz entgegnet, dass man diese Überlegung als Tagesordnungspunkt in der kommenden Schulausschusssitzung aufführen könne. Bis dahin bestünde die Möglichkeit, sich genügend Gedanken bezüglich dieser Thematik zu machen und in Ruhe den Antrag auf die Gründung einer Arbeitsgruppe stellen zu können. Frau Schmid erklärt, dass sie den Schulausschuss an dieser Stelle für zuständig halte und es keiner Arbeitsgruppe zusätzlich bedürfe. Bezüglich der notwendigen Daten wolle sie beim Oberbergischen Kreis anfragen.